

Die Zukunft des europäischen Emissionshandels ist ungewiss

Reform oder Abgesang?

Die strukturellen Fehler und Schwächen des Europäischen Emissionshandels sind hinlänglich bekannt und wurden bereits im Detail analysiert. Aber hat eine darauf aufbauende Reform des Instruments überhaupt Aussicht auf Erfolg? Eine internationale Initiative stellt die Wirksamkeit des gesamten Systems infrage. Von Lili Fuhr

Mit ihrem Aufruf, den Europäischen Emissionshandel „in die Tonne zu kloppen“ (1) hat eine internationale zivilgesellschaftliche Koalition neuen Wind in die Debatte um die Zukunft europäischer Klimapolitik gebracht. Dieser Appell hat aber auch für einen großen Aufschrei bei den etablierten Umweltverbänden und Nichtregierungsorganisationen gesorgt. Und das zu einem Zeitpunkt, wo das Europäische Parlament einen Reformvorschlag der Kommission abgelehnt hat, der den katastrophalen Preisverfall der Verschmutzungszertifikate eindämmen sollte (2).

Den Aufruf haben inzwischen über 120 Organisationen, Netzwerke und Bewegungen weltweit unterzeichnet und einige von ihnen mischen sich nun auch konkret in den politischen Prozess in Brüssel ein. Welche Argumente sprechen gegen eine Reform und für eine Abschaffung? Und wie sieht eine europäische Klimapolitik ohne Emissionshandel aus?

Strukturelle Fehler und Schwächen

Viele der jetzt so sichtbaren Schwächen des Europäischen Emissionshandels liegen im Design und sind struktureller Natur. Aufgrund der Wirtschaftskrise sind die Emissionen weit niedriger als bei der Festlegung der Obergrenzen für 2013 bis 2020 erwartet wurde. Unternehmen können sich dank Preisverfall mit großzügig und zudem gratis zugeteilten Zertifikaten und billigen Kompensationsmöglichkei-

ten im Rahmen des Clean Development Mechanism sehr günstig eindecken. Die Nachfrage liegt bis 2020 fast bei null. So machen Klimasünder Rekordgewinne, es werden neue Kohlekraftwerke gebaut und klimaschutzwirksame Maßnahmen wie Energieeffizienz und Förderung von Erneuerbaren Energien gegenüber dem Europäischen Emissionshandel marginalisiert.

Schlüsselakteure steigen aus

Wirkliche strukturelle Reformen, die den Preis mittelfristig auf ein annehmbares Niveau heben und tatsächlich die richtigen Investitionsreize geben würden, beispielsweise das Stilllegen von zwei Milliarden Kohlenstoffdioxid-Zertifikaten, würden eine Änderung der EU-Emissionshandelsrichtlinie erfordern. Ein entsprechender Entwurf müsste bis zum Frühsommer von der EU-Kommission vorgelegt werden, um ihn vor der Europawahl 2014 durch Parlament und Rat zu bekommen. Die aktuellen politischen Dynamiken lassen das als sehr unrealistisch erscheinen.

Schlüsselakteure wie die Deutsche Bank, Morgan Stanley, Credit Agricole oder Barclays haben ihre Handelsabteilungen für Kohlenstoffdioxid-Zertifikate geschlossen oder deutlich verkleinert. Angesichts der aktuellen und absehbaren Preissituation lassen sich für sie keine Gewinne mehr erzielen.

Zu den möglichen Alternativen gehören die Einspeisevergütung für Erneuer-

bare Energien, die Effizienzrichtlinie und eventuell auch ein verbindlicher Ausstieg aus der Kohle, ähnlich einem Atomausstieg. Der Druck, den die fossile Lobby sowie die Automobilindustrie, die Chemiebranche, der Agrarsektor und andere Sparten auf die Gestaltung europäischer Klima- und Energiepolitik ausüben, ist deutlich spürbar. Wichtig ist zu klären, mit welchen politischen Instrumenten diese Übergriffe am besten abzuwehren sind und wie wichtige demokratische Gestaltungsspielräume wiedergewonnen werden können.

Alternativen liegen auf der Hand

Es sollte uns mehr als nachdenklich stimmen, wenn es noch nicht einmal gelingt, im Europäischen Parlament eine Mehrheit für eine Schönheits-OP wie das Backloading zu bekommen. Unbedingt wünschenswert und auch notwendig ist es daher, dass wir auch über einen grundsätzlichen Richtungswechsel, politisch und hinsichtlich einer zivilgesellschaftlichen Strategie, ernsthaft nachdenken. Dabei sollten die Argumente der Kritiker(innen) des Europäischen Emissionshandels ernst genommen werden. Es ist auszuloten, wie eine gerechte und effektive europaweite Energie- und Agrarwende gelingen kann. Irrwege können wir uns angesichts des Ernstes der Lage schlichtweg nicht mehr leisten.

Anmerkungen

- (1) „Scrap the ETS“, Informationen im Internet unter: www.scrap-the-euets.makenoise.org
- (2) Die Europäische Kommission schlägt vor, die Auktion von 900 Millionen Zertifikaten für die Jahre 2013 bis 2015 zunächst zurückzuhalten, um sie erst 2019 bis 2020 einzuspeisen und so das Angebot künstlich zu verknappen und die Preise zu stabilisieren. Diese Vorgehensweise wird auch als Backloading bezeichnet. Der Vorschlag wurde am 16. April 2003 im Europäischen Parlament abgelehnt.

AUTORIN + KONTAKT

Lili Fuhr ist Referentin für Internationale Umweltpolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung.

Tel.: +49 30 28534304,
Fax: +49 30 285345304,
E-Mail: fuhr@boell.de,
Internet: www.boell.de

Copyright © 2013, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).